

Weilburger Anzeiger

Kreisblatt für den  Oberlahnkreis

Amtliches Organ für sämtliche Bürgermeisterämter des Oberlahnkreises.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Kleinstes und gelesenstes Blatt im Oberlahnkreis.
Fernsprecher Nr. 59.

Verantwortlicher Schriftleiter: Fr. Cramer, Weilburg.
Druck und Verlag von A. Cramer
Großherzoglich-Luxemburgischer Hoflieferant.

Bezugspreis: monatlich abgeholt 85 Pfg., durch Boten gebracht
95 Pfg., durch die Post 2,85 Mk. vierteljährlich ohne Bestellgeld.
Einschickungsgebühr: 20 Pfg. die einspaltige Zeile.

Nr. 291. — 1918.

Weilburg, Freitag, den 13. Dezember.

76. (78.) Jahrgang.

Die Veränderungen in Mitteleuropa nach den Forderungen der neuen Staaten.



Im ganzen Deutschen Reich ist gegenwärtig eine lebhafteste Protestbewegung im Gange, die sich speziell gegen die rigorosen Forderungen der Polen richtet, Teile von Westpreußen, Posen und Schlesien noch vor der Eröffnung der Friedenskonferenz in ihre Gewalt zu bringen. Bereits ist es dieserhalb zu bedauerlichen Ausschreitungen gekommen, sodaß von Seiten der deutschen Regierung ein selbständiges Oberkommando „Heimatschutz Ost“ errichtet wurde. Auf unserer Karte sind die von den Polen beanspruchten deutschen Gebietsteile ersichtlich, ebenso die Litauens, der mittlere und südliche Teil der Karte veranschaulicht die Veränderungen in Mitteleuropa nach den Forderungen der anderen neuen Staaten. Die größte Gebietsveränderungen hätte demnach Serbien zu verzeichnen, das unter dem Namen „Groß-Serbien“ südwestlich sowohl als auch nordwestlich an Ausdehnung gewinnen würde. Auch Rumänien würde durch Besitzergreifung von Siebenbürgen erheblich Gebietszuwachs bekommen. Teile von Posen würden den Tschecho-Slowaken zufallen.

Amtlicher Teil

II. 7430. Weilburg, den 11. Dezember 1918.

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Nachdem der Truppendurchmarsch innerhalb des Kreises soweit beendet ist, muß der **Kartoffelversand sofort** wieder aufgenommen werden.

Ich ersuche daher auf's Dringendste, die noch rückständigen Kartoffelmengen an die aufgegebenen Bedarfstellen sofort zur Verladung zu bringen und den Vollzug bestimmt bis zum 20. d. Mts. unter Vorlage der Duplikatfrachtbriefe anzuzeigen.

Der Termin ist unter allen Umständen einzuhalten.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

II. L. 5587. Weilburg, den 11. Dezember 1918.

Betr. Wegfall der Fleischlosen Wochen.

Die fleischlosen Wochen vom 16. bis 21. Dezember 1918 und vom 5. bis 11. Januar 1919 fallen gemäß Anordnung des Reichs Ernährungsamtes weg. Da die Fleischkarten für die Zeit vom 25. 11. bis 22. 12. er. keinen Abschnitt für die letzte Woche enthält, wird für diese Woche eine besondere Karte, bestehend aus Stammliste und einem Wochenabschnitt gedruckt werden.

Die Karten gehen den Herren Bürgermeistern von der Simburger Vereinsdruckerei direkt zu. Die 3. Zt. gültigen Fleischkarten sind mit Ablauf des 15. d. Mts. gegen diese neuen Karten umzutauschen.

Die Herren Bürgermeister werden ersucht, dieses zur Kenntnis der Ortseinwohner zu bringen und die Ausgabe

der neuen Karten rechtzeitig vorzunehmen, sowie die örtlichen Fleischausgabestellen entsprechend zu verständigen.
Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

B.V. 4651. Frankfurt a. M., den 7. Dez. 1918.

Bekanntmachung,

betreffend zeitliche Begrenzung der Hauschlachtungen und Ablieferung der Schweine.

Die diesjährige Kartoffelernte entspricht in Menge und Güte nicht den Erwartungen. Das Verfüttern von Speisekartoffeln muß unter allen Umständen verhindert werden, wenn nicht in kurzer Zeit ein Zusammenbruch in der Versorgung der großen Städte mit Kartoffeln erfolgen soll. Es ist ferner zur Weiterführung der Getreide- und Broterzeugung dringend erforderlich, daß die bestehenden Verfütterungsverbote streng durchgeführt werden. Nur durch eine erhebliche Verminderung des bereits wieder stark gestiegenen Schweinebestandes wird die Verletzung unerlaubter Verfütterung von Getreide und Speisekartoffeln auf ein für die Aufrechterhaltung der Volksernährung erträgliches Maß herabgemindert werden. Unter Berücksichtigung dieser Umstände wird auf Anordnung des Herrn Staatssekretärs des Reichs Ernährungsamtes auf Grund der Verordnung über die Regelung des Fleischverbrauchs und den Handel mit Schweinen vom 21. August 1918 in der Fassung vom 19. Oktober 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 949) für den Umfang des Regierungsbezirks Wiesbaden die nachfolgende Anordnung erlassen.

Wenn auch nicht zu verkennen ist, daß diese Anordnung eine nicht geringe Einschränkung bedeutet, so wolle doch die ländliche Bevölkerung dessen eingedenk sein, daß ihr die Sicherstellung des Fleisch- und Fettbedarfs doch für einen längeren Zeitraum zukommt, während die gesamte nicht durch Hauschlachtungen versorgte Bevölkerung hierin weit schlechter gestellt ist.

§ 1.

Sämtliche Schweinehauschlachtungen müssen bis spätestens 31. Dezember 1918 durchgeführt sein.

§ 2.

Kurzfristliche Ausnahmen dürfen von den Kommunalverhältnissen nur in Einzelfällen gewährt werden, wenn besondere Umstände sie rechtfertigen. Fehlende Schlachtreife eines Hauschlachtungsschweines ist allein kein Grund zur Ausnahmegewährung. Eine solche darf vielmehr in jenem Falle nur dann gewährt werden, wenn die Möglichkeit der Weiterfütterung mit erlaubten Futtermitteln nachgewiesen ist.

§ 3.

Die durch Verordnung vom 19. Oktober 1917 (R. G. Bl. S. 949) vorgesehene Speckablieferung aus Hauschlachtungen bleibt unverändert bestehen und ist bei dem großen Fettmangel der Städte auch restlos durchzuführen.

§ 4.

Angebotene Haltungsovertragschweine, für welche die Ablieferungsfrist bis zum 31. März 1919 verlängert worden ist, werden von den Kreisammestellen des Viehhandelsverbandes auch vor dem 31. März 1919 abgenommen, selbst wenn das vereinbarte Gewicht nicht erreicht ist. Eine Verlängerung des Ablieferungszeitraumes über den 31. Mai 1919 kann nicht bewilligt werden.

§ 5.

Alle nach dem 1. Januar 1919 noch ohne Ausnahmegewährung vorhandenen schlachtfähigen Schweine sind, abgesehen von Zuchtchweinen, auf deren Haltung mit allen Mitteln hinzuwirken ist, und abgesehen von noch nicht abgenommenen Vertragschweinen sofort zur Erfüllung der Schlachtviehmilch heranzuziehen.

§ 6.

Diese Bekanntmachung tritt sofort mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.
Bezirksfleischstelle für den Regierungsbezirk Wiesbaden.

J. Nr. II. 7432. Weilburg, den 11. Dezember 1918.

Wird veröffentlicht.

Die noch ausstehenden Anträge auf Genehmigung zur Hauschlachtung sind durch Vermittelung der Gemeindebehörden auf dem vorgeschriebenen Formular einzureichen.
Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

II. R. 1645. Weilburg, den 11. Dezember 1918.

Bekanntmachung.

Bei den Arbeitsnachweisen stauen sich die Arbeitslosen, die Beschäftigung suchen, denen aber nicht genügend Arbeit nachgewiesen werden kann. Dabei fehlt es auf der anderen Seite für wichtige Arbeiten an den notwendigen Arbeitskräften. Die Ernährungsindustrie klagt über Mangel an Leuten. Die Güterwagen können aus Mangel an Arbeitern nicht schnell genug entladen werden. Auch in der

Kohlenförderung werden Kräfte benötigt. Dieser ungesunde Zustand kann nur beseitigt werden, wenn alle Arbeitgeber die zu besetzenden offenen Stellen unverzüglich dem nächsten nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweis melden. Nur dann ist ein Ausgleich zwischen Arbeitssuchenden und offenen Stellen möglich. Auch die Erwerbslosenunterstützung kann verständlich nur durchgeführt werden, wenn alle vorhandene Arbeitsgelegenheit den Arbeitsnachweisen bekannt ist, da Unterstützung nur denen gewährt werden darf, für die tatsächlich keine Arbeit vorhanden ist. Alle Arbeitgeber sind daher verpflichtet, ihren Bedarf an Arbeitskräften jeweils auf dem schnellsten Wege bei einem nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweis zur Anmeldung zu bringen. Diese Pflicht haben nicht nur die privaten Unternehmer, sondern auch alle Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, bei denen ein Bedarf an Arbeitskräften vorhanden ist, ganz besonders auch Post und Eisenbahn. Für Ausgleich zwischen den verschiedenen Arbeitsnachweisen wird gesorgt.

Ich ersuche daher, alle Arbeitgeber sowie auch die amtlichen Dienststellen sofort die freien Stellen dem vom Bezirksverband für die Lahn- und Westerwaldkreise errichteten Kreis-Arbeitsnachweis in Limburg und hierher zu melden.

Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses.

J. Nr. I. 146. Langenbach, den 10. Dechr. 1918.

Bekanntmachung der Kreis-Schulinpektion Gubach.

Dienstag, den 17. d. Mts., nachmittags 2 Uhr im Gasthof Schmidt zu Weilmünster amtliche Konferenz mit folgender Tagesordnung:

1. Ansprache des Vorsitzenden zur Eröffnung der Konferenz;
2. Vortrag des Herrn Lehrer Pratorius zu Allendorf über: „Berufsberatung seitens der Schule“;
3. Besprechung über den Lehrplan für den künftigen Geschichtsunterricht;
4. Amtliche Mitteilungen.

Dummerich.

Nichtamtlicher Teil

Zur Frage der Sicherung der Steuer- veranlagung.

In einer weiteren Äußerung über die praktische Durchführung der Sozialisierung von Großbetrieben mittels Nationalisierungsanleihe wendet der preussische Finanzminister Simon, der dieses Verfahren in Vorschlag gebracht hat, sich dagegen, daß man die Methoden der organischen Ueberleitung in Gemeinschaftsgut — gegen Entschädigung — mit denen der gewaltsamen Konfiskation identifiziert: „Wenn ich davon sprach, daß aus steuerrechtlichen Gründen die Nationalisierungsanleihe unter Staatskontrolle bleiben möge, so möchte ich mich dahin ergänzen, daß ich persönlich für zweckmäßig halten würde, auch alle anderen Vermögenswerte zur gerechten Erfassung von Steuern zu registrieren. Da ich glaube, daß nicht jeder einzelne von einer ideellen Hingabe an das Staatsganze befreit ist, halte ich vom Standpunkt der allgemeinen Gerechtigkeit aus solche Maßnahmen für notwendig.“

Strichzeitig veröffentlicht das Organ der U. S. P. einen Aufsatz von „Atlantius“, der gleichfalls die zwangsweise Registrierung aller Vermögen in Deutschland fordert und mit Hilfe dieser Methode das Dreifache des für das Steuerjahr 1913 in Preußen deklarierten Betrages zu erreichen glaubt. Der Steuerertrag in Preußen wird für 1919 auf 41,3 Milliarden Mark gerechnet.

Steuern in dieser Höhe könnten nach Ansicht des Verfassers, der mit einer Gesamtschuldenlast nach Abschluß des Weltkrieges von 250 Milliarden Mark rechnet, bei einem nominellen deutschen Volksermögen von 600 Milliarden Mark, in Anteilen an Schuldverschreibungen, Wertpapieren, Eintragungen von Steuerehypotheken auf feste Liegenschaften erhoben werden. Auf diese Weise würde aber erst für die Hälfte der Gesamtschuld Deckung beschafft sein. Zur Abhinderung des Restschuldbetrages würde man, meint der Verfasser, zu Monopolen greifen müssen. Nebenher hätten Kriegsgewinnsteuer und Einkommensteuer zu gehen, wobei letztere niedriger als die Vermögenssteuer zu bemessen wäre, weil die hohen Einkommen schon durch die Vermögenssteuer weggesteuert wären.

Die wirksamste Widerlegung dieser Gedankengänge gibt „Atlantius“ selbst, indem er selbst feststellt, daß der von ihm errechnete Steuerertrag von 41,3 Millionen bereits 35,7 Prozent des gesamten wachsenden privaten Volksermögens ausmacht. Mehr als ein Drittel dieses Vermögens würde also mit einem Schlage weggesteuert werden und der Gesamtsteuerertrag, der angeblich auf dem

Wege der zwangsweisen Registrierung erzielt werden kann, würde sich etwa mit dem gesamten Volkvermögen, das der Berechnung zugrunde gelegt ist, decken. Das Programm wäre also: restlose Konfiskation des gesamten Vermögensbesitzes. Ein Programm, dessen Durchführung gleichbedeutend wäre mit völliger Vernichtung des deutschen Wirtschaftslebens, das gerade jetzt, wo an die Arbeit des Wiederaufbaues herangegangen werden soll, der Unterstützung durch verbundene Vermögenswerte auf das dringendste bedarf. Die Schuldenlasten, die der Krieg hinterlassen hat, sind so hoch, daß sie nicht durch Entnahme von vorhandenen Werten, sondern nur durch Schaffung neuer Werte, durch regelmäßige hohe Arbeitserträge und in längeren Zeiträumen abgetragen werden können. Allein auf diesem Wege wird zu einer Gesundung der deutschen Finanzen zu gelangen sein.

Was die deutsche Wählerin wissen muß.

Die neue Reichsverfassung.

Die von den Wählern und Wählerinnen zu ernennende Nationalversammlung hat in allererster Reihe über die Verfassung des neuen deutschen republikanischen Reiches zu beschließen. Daraufhin müssen sich die Abgeordneten verpflichten und daran festhalten.

Die neue Verfassung hat zuerst die Einheit der deutschen Republik zu betonen und zu bestimmen, aus welchen einzelnen Republiken sie bestehen soll. Es darf nicht wieder vorkommen, daß man aus irgend einem deutschen Freistaat, wo man mit Maßnahmen der Reichsregierung nicht völlig einverstanden ist, ruft: „Wir wollen nichts mehr mit der großen deutschen Republik zu tun haben.“ Es darf ebensowenig vorkommen, daß ganze Bezirke von einem Freistaat zum andern gehen wollen. Damit würden wir alle Achtung in der Welt verlieren und uns lächerlich machen. Außerdem würden einzelne abgesonderte Republiken keine Existenz-Aussicht haben und verkümmern.

Was die Reichseinheit betrifft, so gilt nach diesem verlorenen Kriege erst recht, was nach dem siegreichen Kriege von 1871 galt: Alle deutschen Stämme müssen sich zusammen halten, wenn sie in der Welt etwas Bedeutendes wollen. Die Heimat mag uns noch so viel Verdienst geben, er reicht nicht zu den heutigen Ansprüchen an ein modernes Leben. Die Frau hat daran kein geringeres Interesse, wie der Mann. Es ist für sie eine Lebensaufgabe, mit dem Mann zu halten, das ihrem Gatten nach Möglichkeit Verdienstgelegenheit gegeben wird, als Industrieller, Handwerker,

Landwirt, Kaufmann oder Arbeiter sein. Nur dann können auch ihre Kinder zu etwas kommen. Nur dann können auch Frauen und Mädchen sich selbst mit Erfolg einem lohnenden Beruf widmen. Ein geachteter Staat kann allein seine Beamten bezahlen, wie sie es verdienen, so daß sie heiraten und eine Familie gründen können. Es ist Pflicht der Frau, die Frage der Heiratsmöglichkeit ganz entschieden im Auge zu behalten, denn es gibt nichts Wichtigeres für ein Volk, als viele glückliche und gesunde Familien. Die große deutsche Republik muß mit festem Einheitsband die einzelnen Freistaaten umschließen, daß auch sie eine Familie bilden.

Die deutsche Republik muß eine starke Zentralregierung haben, die dem Volke und seinen Vertretern Rechenschaft schuldig und sich ihrer Verantwortung bewußt ist. An der früheren Regierung ist ausgeführt worden, daß sie ihre eigenen Wege gegangen sei und auf den Kaiser nicht, oder doch nicht immer, auf das Volk gehört habe. Die neue Verfassung muß klar aussprechen, daß der Nation ihr volles Recht und verhärtet wird, daß eine Regierung parteipolitische Anschauungen als diejenigen des Volkes betrachtet. Darum muß die deutsche Nationalversammlung als das Sprachrohr der Wähler und Wählerinnen zu oberst bleiben. Was sie sagt, das gilt, und was sie beschließt, ist zu erfüllen. Fehler kann auch sie machen, aber es sind dann Irrtümer des ganzen Volkes und nicht solche einzelner Personen, unter welchen die Nation zu leiden hat.

Nach diesen Hauptgrundsätzen ist die Gestaltung der Regierung im einzelnen zu vollziehen. Eine Republik kann keinen erblichen Herrscher haben, man kann verschiedener Ansicht sein, ob sie einen Präsidenten

als Vertreter haben muß. Poincaré, der Präsident in Paris, ist einer der ersten Kriegsurheber, und Präsident Wilson in Amerika hat die Neutralität wenig geachtet, bevor er uns den Krieg erklärte. Es wäre alles anders gekommen, wenn England und Frankreich nicht von drüben Waffen und Proviant erhalten hätten. Sache der Nationalversammlung wird es sein, dafür zu sorgen, daß diejenigen, welche die deutsche Republik regieren, dies nur kraft Auftrages des Volkes tun, dessen selbstlose Diener sie sind.

Die deutschen Stämme würden sich in ihren neuen Freistaaten nicht wohl fühlen, wenn diesen nicht Bewegungsfreiheit im Rahmen des Reiches gesichert würde. Das ist früher so gewesen, und darin kann auch die republikanische Staatsform nichts ändern. Die Eigenarten aller deutschen Stämme machen erst den deutschen Geist aus, der so großes in der Weltgeschichte geleistet hat und hoffentlich auch weiter leisten wird. Dessen sei die neue deutsche Verfassung würdig. Wm.

Die Nationalversammlung.

Die Revolution hat das alte deutsche Kaiserreich durch eine Gewaltthat zerstört. Alles, was im Staats- und Volkswohl geschieht, bedarf aber eines Rechtsbodens, denn ohne den weiß niemand, an wen er sich zu halten hat. Auf einen Gewaltakt hin, können auch keine dauernden Gesetze und keine dauernden Steuern erhoben werden, das würde und brauchte sich niemand gefallen zu lassen. Also muß für das zerstörte Reichrecht ein neues Recht geschaffen werden, und diese Arbeit ist Aufgabe der Nationalversammlung. Was bisher von der neuen Regierung angeordnet ist, das hat nur vorübergehenden Charakter. Erst wenn die Versammlung es genehmigt hat, ist es Gesetz und hat völlig rechtswirkende Kraft. Diese Befugnis neues Staats- und Verfassungsrecht zu schaffen, gibt der Nationalversammlung ihre Zusammenfassung und die Wahl des Volkes. Denn das Volk, die Gesamtheit aller Deutschen, übernimmt mit der Wahl auch den Willen, alles zu tragen, was die Nationalversammlung beschließt, und für die Wirkung und Folgen der neuen Gesetze einzustehen. Was die Nationalversammlung beschließt und genehmigt, muß also vom Volke gehalten werden. Das ist die Rechtelage, auf der die Republik sich in ihrer weiteren Entwicklung aufbaut.

Die Nationalversammlung stellt den Willen des Volkes dar und bestimmt durch Beschluß ihrer Mehrheit, was in Zukunft geschehen soll. Selbstverständlich unterliegt also auch der kommende Friedensvertrag ihrer Genehmigung. Ob die Versammlung dauernd bleiben oder für später eine andere Form der Volksvertretung einsehen soll, unterliegt ihrem eigenen unbeschränkten Ermessen. Ihre Verantwortung ist groß, nicht minder groß muß aber auch das Verantwortlichkeitsgefühl der Wähler und Wählerinnen sein bei der Auswahl der Männer, die über das Wohl und Wehe der gesamten deutschen Nation entscheiden. Es wird soviel Neues kommen, daß niemand davon unberührt bleibt, und er darf sich nicht beschweren, wenn er sich seines Wahlrechts enthält, das zugleich eine Pflicht gegen das Vaterland darstellt. Die Nationalversammlung soll zum Wohl der Nation heute und später tagen und beschließen. Aber, darauf sei nochmals hingewiesen, das deutsche Volk in seiner Gesamtheit muß für alles einstehen und alles erfüllen, was die von ihm gewählte, in ihren Rechten und Vollmachten nicht beschränkte Nationalversammlung beschließt. Gebunden können sich die Abgeordneten nur durch das Programm erachten, das sie vor ihrer Wahl abgegeben haben. Darum muß jeder Wähler und jede Wählerin sich dies Programm recht genau ansehen.

Wie es in Rußland aussieht.

Armut, Hunger, Diebstahl, Plünderung.

Ergreifende Bilder von den Zuständen in Rußland, die die Bolschewisten-Regierung auf dem Gewissen hat, entwirft ein vor kurzem aus Rußland zurückgekehrtes Mitglied der deutschen Handelskommission. Der Mann schreibt:

Die Rätereierung ist auf ihrem nahen Sturz durch die Entente gefaßt, in bolschewistischen Kreisen herrscht daher stark gedrückte Stimmung. Wie ein Mitglied der Rätereierung selbst mittelste, ist ein großer Teil der Mitglieder der Reiteruna bereits im

gedrängte Zuhörerschaft auf, die dem Verfahren gespannt folgte.

Von der Anklagebehörde war gut vorgearbeitet worden. Daß beide Angeklagte angesichts des erdrückenden Schuldbeweises bei ihrem hartnäckigen Leugnen blieben, konnte sie vor der verdienten Strafe nicht retten, zeugte vielmehr von ihrer grenzenlosen Verstocktheit, und jedermann hielt das Verdikt der Geschworenen nur für gerecht und billig. Der Gerichtshof fügte darauf gegen Ruschke die Todesstrafe und erkannte gegen Jgen auf langjährige Zuchthausstrafe.

„Ich bin unschuldig!“ beteuerte der Müller.

„An mir wird ein Justizmord verübt!“ rief zornbeidend Ruschke aus. Dann wurden beide abgeführt, indes der Saal sich langsam entleerte.

Amanda Faber und Fritz von Felden verlebten eine Zeit ungetrübten Glückes. Nur zu schnell entschwand den Liebenden die Tage und Wochen. Ihre eheliche Verbindung sollte nach Ablauf des Trauerjahres erfolgen.

Von ihrem Mädchen ließ sich Amanda eines Vormittags, es konnte ungefähr ein Monat seit ihrer Verlobung verstrichen sein, beim Ankleiden helfen, als es an der Tür klopfte. Das Mädchen, das Amanda nach der Tür einjandte, überbrachte seiner Herrin bald darauf einen prächtigen Blumenstrauß.

„Die Jose der gnädigen Frau Baronin hat mir das Bukett für das gnädige Fräulein im Auftrage des Herrn Barons mit dessen bester Empfehlung gegeben,“ erklärte das Mädchen.

Amanda nahm den Strauß mit leuchtenden Augen in Empfang. „Wie nett von Fritz,“ sagte sie glücklich lächelnd für sich. „Ich glaube, er hat das ganze Gewächshaus plündern lassen, weil ich ihm gestern erzählte, daß ich Orchideen liebe.“ Dann übergab sie der Jose den Strauß:

Besitz von Pässen für die vorbereitete Flucht nach Stockholm. Die Unzufriedenheit mit der bestehenden Regierung wächst von Tag zu Tag auch in den untersten Volksschichten, da sich allgemein die Erkenntnis Bahn bricht, daß die Rätereierung das Land in jeder Beziehung

an den Abgrund gebracht,

nur zerstört, aber nichts wieder aufgebaut hat. Der Verfall des wirtschaftlichen Lebens ist erschreckend.

Von planmäßiger Beschaffung und Verteilung der Lebensmittel ist keine Rede. Durch die Nationalisierung des gesamten Wirtschaftslebens ist ein gänzlicher Stillstand jeder Produktionsfähigkeit eingetreten.

Überall Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger.

Nur die Beamten der bolschewistischen Regierung und ihre Organe sowie die Angehörigen der roten Armee führen infolge Besetzung, Diebstahl und Plünderungen ein einträgliches Dasein. Keinerlei Fürsorge herrscht für die ärmsten Volksschichten, die hungern und bettelnd zu Tausenden auf der Straße liegen. Die Fürsorge für das Proletariat, für das die Rätereierung zu kämpfen vorzieht, steht lediglich auf dem Papier.

Das Anerbieten eines Mitgliedes der deutschen Handelskommission an einen hohen Sowjetbeamten im Petersburger Handelsministerium, Medikamente nach Rußland liefern zu wollen, lehnte dieser Beamte mit dem Bemerkeln ab, Medikamente würden nicht gebraucht,

das Volk möge ruhig zugrunde gehen.

Sämtliche Bezirke in Petersburg stehen unter der Aufsicht eines unruhen, unerfahrenen Burschen. Die Bahnhöfe sind verwahrlost, weil niemand mehr arbeitet; die Hüge werden häufig ausgeraubt, Händler und Hausierer auf den Straßen ihre Waren von unruhen Burschen der roten Armee abgenommen.

Russische Kriegsgefangene, die aus Deutschland zurückkehren, erfahren nach Betreten des russischen Bodens keinerlei Fürsorge. Erbärmlich gekleidet,

teilweise nur in Hemden,

oft ohne Schuhwerk, ziehen sie durchs Land. Ohne Nahrung und Unterkunft verhungern oder erfrieren Tausende in den Wäldern. Auf einer Bahnstation der Strecke Orschko-Moskau wurden, wie ein Augenzeuge berichtet, an einem Tage 80 auf diese Weise umgekommene Kriegsgefangene beerdigt. Auch die bis Moskau gelangenden Kriegsgefangenen bleiben mangels jeder Organisation ohne Nahrung und Unterkunft, viele baten die deutschen Kommissionen, daß sie wieder nach Deutschland zurückgeführt werden möchten.

Und mit solchen Zuständen wollen uns unsere heimischen Bolschewisten, die Spartakus-Deute, beglücken!

Zur Lage.

Der deutsche Westen.

Die aufgeregten Meldungen von der Gründung einer deutschen Rheinrepublik sind seit der Bekanntgabe des Wahltermins für die Nationalversammlung zurückgetreten und die tolen Gerüchte von der Neubildung eines Rheinbundes unter französischem Schutz sind wohl nicht erster genommen, als sie es verdienen. Zur Zeit der preussischen Konstitutionsperiode im Beginn der sechziger Jahre hieß es: „Die Rheinlande wollen abfallen.“ Bismarck sagte: „Wo wollen sie denn hinfallen?“ Im gewissen Sinne wird das für alle Zeiten gelten, denn wer am Rhein groß geworden ist, vertritt nie den Dunst, der von der Seine kommt. Hart ist die zeitweise Klärung des linken Rheinufer, aber nach diesen Tagen werden auch wieder andere kommen.

Die Engländer in Kiel.

Das Einlaufen britischer Kriegsschiffe in Kiel erinnert an den letzten Besuch im ersten deutschen Kriegshafen vor dem Feldzuge. Es war Ende Juni 1914, also nur einen Monat vor Beginn der Feindseligkeiten. Damals wurde diese Visite als ein Zeichen deutsch-englischer Annäherung angesehen, bis dann plötzlich die Wahrheit an den Tag kam. Der englische Geschwaderkommandant Beatty unternahm damals eigenmächtig eine „Spazierfahrt“ in den verbotenen Teil des Kieler Hafens. Er wurde festgehalten, aber höflich wieder freigelassen. Das ist die deutsche Rücksichtnahme gewesen, während England bei uns spionierte, wo es nur konnte.

Auf falscher Fährte.

Roman von Max Esch.

261

© Nachdruck verboten.

„Das kann ich gar nicht,“ gab trotzig Tones Ruschke zur Antwort. „Ich werde doch nicht etwas eingestehen, was ich gar nicht getan habe. Den Baron habe ich nicht erschossen. Das ist mein Geschäft. Und wenn Sie es können, beweisen Sie mir nun mal das Gegenteil.“

„Das wird geschehen,“ redete ernten-Tones der Untersuchungsrichter den vor ihm Stehenden an. Darauf ließ er ihn abführen.

Die Vernehmung des Bosphorer Müllers ergab, daß dieser die Verhandlung mit Ruschke nur zu dem Zwecke geführt habe, um die Person des Käufers kennen zu lernen.

Darauf ließ der Untersuchungsrichter die Akten über den Mord an Baron Egon von Felden der Staatsanwaltschaft zugehen.

Nach Prüfung des Anklagematerials zögerte letztere keinen Augenblick, die Anklage wegen Beteiligung zum Mord gegen Jgen und wegen Mordes gegen Ruschke zu erheben. Letzterem wurde ein Offizialverteidiger vom Gericht gestellt, ersterer ließ durch seine Frau einen Verteidiger aus der Provinzialhauptstadt für sich verpflichten.

Für die laufende Schwurgerichtsperiode gelangte das Vorverfahren zu spät zum Abschluß, so daß erst in der nächsten der Fall zur Aburteilung kommen konnte.

Die beiden Verhafteten schwebten in der Zeit im bangender Pein. In den engen Gefängniszellen verstrich ihnen die Zeit nur zu langsam. Das ewige Einerlei der eintönigen Haft brachte die an ernste Tätigkeit gewöhnten Männer fast zur Verzweiflung. Daz kam die Ungewißheit darüber, wie sich ihr Schicksal gestalten würde.

Endlich war der Tag des Gerichtsverfahrens herangekommen. Der Schwurgerichtssaal wies eine Kopf an Kopf

Eine französische Handelsflotte aus deutschen Schiffen.

Nach dem „Echo de Paris“ verlangt Frankreich die Auslieferung sämtlicher deutschen Handelsschiffe, die in den Ententehäfen liegen. Das Blatt schreibt, die französische Handelsflotte existiere sozusagen nicht mehr. Frankreich müsse sich mit den deutschen Schiffen seinen Platz an der Sonne sichern.

Die Lebensmittelversorgung Europas besorgniserregend.

Aus New York wird gemeldet: Die Nahrungsmittelverwaltung hat die Beschränkung für den Handel mit Getreide, Mais, Haser aufgehoben. Außerdem erlaubt sie eine Verschiffung von Kaffee.

Der frühere Nahrungsmittelkontrolleur Chines weist in einem Briefe an den Präsidenten des Lebensmittelkomitees darauf hin, daß die Lage der Lebensmittelversorgung der Welt noch einige Zeit besorgniserregend bleiben werde. Welche Gebiete Europas seien im kommenden Winter von Hungersnot bedroht. Deshalb müßten die hauptsächlichsten Sicherheitsmaßnahmen für eine gerechte und gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel während des Winters und des Frühjahrs in Kraft bleiben.

Der Brender der Kaiserin als Vorkredner.

In einer großen Volksversammlung, die in Primmern in Schlesien stattfand, und der über 600 Personen aus allen Berufsständen beiwohnten, nahm Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein, der Bruder der Kaiserin, das Wort zu längeren Ausführungen und betonte, daß er unbeschadet seiner bisherigen politischen Tätigkeit bereit sei, im Rahmen seines Postens an der Ausführung von sozialpolitischen Aufgaben mitzuwirken. Er habe ja auch bisher diesen Fragen stets in Wort und Schrift großes Interesse gewidmet und sei schon seit 20 Jahren

Anhänger des Achtstundentages

für die Industrie gewesen, sei, soweit die Arbeiterschaft das Bestreben habe, in 8 Stunden daselbst zu leisten, wie bisher in 10 Stunden. Oft habe er an höheren Stellen bei wichtigen Beratern seine warrende Stimme erhoben, aber oft ohne Erfolg. Der Herzog verbreitete sich dann noch über Ernährungsfragen, über die Mobilisierung der stillen Reserven in Landwirtschaft, Industrie und Eisenbahn, sowie über die kommende Wirtschaftsentwicklung. Seine Ausführungen fanden allgemeinen Beifall.

Die Räumung der Ostgebiete.

Die Räumung des Oberostgebietes wird weiter durchgeführt. In Ostland sollen unsere Truppen zunächst hinter die Düna geführt werden. Aus der Kriv fahren unsere Truppen über See zunächst von Sewastopol nach Nikolajew, um die besseren Bahnverbindungen auszunutzen. In Sewastopol liegen See- und Luftkräfte der Entente.

Die Heimregierung in Kiew ist durch die Entente bestätigt.

Aus Weilburg und Umgegend

Weilburg, den 13. Dezember 1918.

— Die Gestaltung des Winters wird für Arbeit und Ernährung in Deutschland von der größten Bedeutung sein. Günstige Witterung beseitigt die Hemmnisse, die den Transport bedrohen, und gestattet, viele Arbeiten im Freien zu verrichten, die Verdienst gewähren. Die Ernte der Kartoffeln und Zuckerrüben ist trotz der weit vorgeschrittenen Jahreszeit noch nicht beendet worden, aber die Befürchtungen, daß Millionen Zentner verloren seien, hat sich zum Glück denn doch nicht als begründet erwiesen. Wo Kartoffeln noch in der Erde sind, müssen alle Hände daran, die ja von Tag zu Tag in größerer Zahl verfügbar werden. Und fehlen sie, so werden gern die aktiven Soldaten mit Einsparungen, denen es ja nicht an Zeit mangelt. Die Hauptsache ist, keine Zeit zu verlieren. Die Darstellung der Ernährungslage in Deutschland ist so traurig, daß sie die äußerste Energie für die Erhaltung aller irgendwo vorhandenen Lebensmittel gebietet. Sie wird auch dadurch noch nicht optimistisch, wenn Amerika Lebensmittel zu uns hereinschafft. Sehr, sehr knapp wird es auch dann bleiben und bis zur neuen Ernte hergehen. Mag ein milder Winter das sonst kaum Erträgliche wenigstens etwas erträglich machen.

und ihm als treuer Kamerad einen Teil der Arbeit abzunehmen.

Ja, wenn es nur erst so weit wäre, daß nichts als der Tod sie von dem geliebten Manne trennen könnte; denn zunächst bangte dem jungen Mädchen daran, daß das Liebespaar des Glückes, in dem es beständig schwebte, einmal ein jähes Ende nehmen könne, zumal nach dem Dichter „des Lebens ungemischte Freude keinem Irdischen zuteil ward“. Ruhte das es umgebende schöne und reine Glücksgefühl nicht den Reiz des Schicksals hervorgerufen? Heißig schauerte Amanda da zusammen, als ob das unheilbringende Verhängnis bereits auf dem Anzuge sei. Aber das Zusammensein mit dem Verlobten verheugte solche trüben Gedanken nur zu bald. Da waren sie verflochten, und die Zukunft erschien der holden Mädchentraube im rosigen Lichte.

„Wissen gnädiges Fräulein auch,“ redete nach einiger Zeit die Jose ihre in Gedanken verfunkenen Herrin an, „daß Sie eine unverzeihliche Feindin hier haben?“

Hoffig wandte sich Amanda nach dem aufräumenden Mädchen um: „Eine Feindin?!“ fragte sie erstaunt. „Ich wüßte nicht, daß ich jemand auch nur das geringste auf Woffin zuseide getan habe.“

„Und doch haben gnädiges Fräulein in der Jose der gnädigen Frau Baronin eine unerbittliche Feindin,“ erwiderte Berta.

Belustigt lachte Amanda auf. „Die Feindschaft kann ich ertragen, obwohl ich mich nicht erinnern kann, der dummen Person auch nur das geringste Unrecht zugefügt zu haben.“

„Die dumme Gans hat das gnädige Fräulein geradezu,“ nahm Berta den Faden wieder auf; denn es drängte alles in ihr, die große Neugier, die sie gestern abend erfahren, dem jungen Mädchen zu unterbreiten.

„Das wird ja immer schöner,“ antwortete belustigt Amanda. „Schließlich kommt ein veritabler Schauerroman dabei heraus. Was habe ich dem Mädchen eigentlich angetan?“

„Das gnädige Fräulein haben durch die Verlobung

Die für heute abend angekündigte Versammlung der Demokratischen Partei (Politischer Fortbildungskursus für Frauen) findet nicht wie angezeigt im „Lore“, sondern im „Deutschen Haus“ statt.

„Eine Rekrute der hohen Löhne. Die Demobilisierung ist in vollem Gange und von allen Seiten bemüht man sich, das wirtschaftliche Leben wieder in Gang zu bringen. Für alle Hände sofort Arbeit zu schaffen, wird bei dem Rohstoffmangel nicht möglich sein. Aber auch die übertriebenen hohen Löhne schränken die Arbeitsgelegenheit in starker Weise ein. Wenn z. B. die Berliner Kraftwagenführer erklären, unter 3.50 Mark die Stunde nicht arbeiten zu können, so wird die Folge dieser übertriebenen Forderung lediglich die sein, daß die Einstellung solcher teurer Kräfte nach Möglichkeit vermieden wird. Und auch die privaten Automobilbesitzer werden lieber selbst ihre Wagen lenken, als einen eigenen Fahrer anstellen, der mehr Lohn verlangt, als sie selbst verdienen. Der kleine Handwerker, der früher ein bis zwei Gesellen beschäftigte, wird die Wiedereinstellung dieser möglichst lange hinauszögern, wenn ihm ein Tagelohn von 20 und 25 Mark abverlangt wird. Auf die Dauer werden sich diese Forderungen natürlich nicht aufrecht erhalten lassen. Die bittere Not, die ja kommen muß, wird alle noch so schönen Mindestlohn-Bestimmungen einstricken lassen, denn Arbeitslosigkeit ist der Feind jeder Organisation, und letzten Endes werden die Arbeiter bei der Unvernunft solcher Lohnforderungen die Leidtragenden sein.“

Das Bezirkskommando Limburg a. d. Lahn ist mit dem 9. 12. 1918 aufgelöst worden. Der bisherige Dienstbetrieb wird durch das in gleichem Gebäude befindliche Kontrollamt Limburg a. Lahn weitergeführt. Alle An- und Abmeldungen innerhalb der Kreise Limburg, Oberlahn, Westerburg und Oberwesterwald sind daher nicht mehr an den in Frage kommenden Bezirksfeldwebel, sondern an das Kontrollamt Limburg a. Lahn zu richten. Die Auszahlungen von Entlassungsgeldern, evtl. rückständigen Löhnen pp. erfolgt in Zukunft gemeindeweise und wird noch in den Amtsblättern durch besondere Bekanntmachung geregelt. Ueber die Ausschüttung von Bekleidungsstücken folgt ebenfalls noch Bekanntmachung. Versorgungsansprüche können auf Zimmer 10 des Kontrollamtes geltend gemacht werden.

Die für heute Freitag angesagte Pferdeversicherung des Ref.-Instr.-Rgts. Nr. 223 in Altshausen findet nicht statt. Dafür kommen am Sonntag, den 15. Dezbr. am Ausgang von Wehlax nach Steindorf 250 Militärdienstpferde öffentlich meistbietend gegen Barzahlung zur Versicherung. Zugelassen sind nur die Perionen, die sich im Besitze eines von der Kreisbehörde ausgestellten Ausweises befinden.

Die Hausflachtungen müssen bis zum 31. Dezbr. 1918 beendet sein. Die betr. Verordnung ist im amtl. Teil der heutigen Nummer veröffentlicht, worauf wir hiermit besonders hinweisen.

Aus Runkel und Umgegend

Runkel, den 13. Dezember 1918.

— Für das Handwerk. Für die Bauhandwerker ist ein verständnisvoller Zusammenwirken zwischen Arbeitgeber und Arbeiter mehr als je nötig, denn für einen Geschäftsbetrieb nach der Art der bekannten früheren Spekulationsauswüchse ist heute kein Raum mehr. Billig zu bauen ist bei den total veränderten Untkosten nicht mehr möglich, aber teurer, als unbedingt nötig zu bauen, bedeutet eine Extrasteuer infolge der Mietsteigerung für das ganze Volk. Es sind Kleinwohnungsbauten, die zuerst in Betracht kommen und die auch nach Möglichkeit durch Bauzuschüsse im Interesse kinderreicher Familien gefördert werden sollen. Die Baubetriebe haben bereits mit Erfolg begonnen, ihre früheren Arbeitskräfte zu sammeln, und für längere Dauer berechnete Verbindungen über die Löhne werden dazu beitragen, dem Wert von vornherein ein günstiges Fortschreiten zu sichern.

mit dem Herrn Baron den Plan der dummen Gans gründlich verdorben,“ entgegnete die Jose.

„Das verstehe ich nicht,“ bemerkte erblichend Amanda; denn ein Gefühl namenloser Angst vor etwas Traurigem schlich sich in ihr hoch und schien sich krampfhaft um ihr Herz zu legen. Mit erschrockenen Augen blickte sie zur Jose hinüber, die ihr den Rücken zugekehrt hatte und sich beim Aufräumen der Sachen nicht stören ließ. Am liebsten wäre sie auf das Mädchen zugeeilt, um hastig nach Einzelheiten zu fragen. Aber eine solche Blöße durfte sie sich dem Diensthöten gegenüber nicht geben.

Eine gleichgültige Miene zur Schau tragend, trat sie an das Fenster, um in den Park hinauszublicken. Doch ihre Augen sahen das grüne Blättermeer rein mechanisch. Ungeduldig erwartete sie nähere Erklärungen Bertas. Nur einen Augenblick hatte das Mädchen geschwiegen, aber diese kurze Pause erschien Amanda fast unerträglich. Ungezählte Gedanken kamen und gingen ihr durch den Kopf. Was würde sie zu hören bekommen? Sie sollte dem Mädchen das Konzept verdorben haben. Das konnte doch nur auf ihren Friz gemünzt sein, was ihr wiederum unfahbar zu sein schien; denn daß sich jenes Geschöpf auf ihren Friz hätte Hoffnungen machen können, war doch geradezu absurd.

„Das Mädchen glaubte, daß auch der jegliche gnädige Herr es zu seiner Geliebten machen würde, wie der erwiderte Herr Baron.“

Jetzt war es heraus, und wie von einem Alpdrude befreit, atmte Amanda auf. Das also war's. „Pfiu, wie gemein!“ kam es verächtlich über ihre Lippen. Nach einiger Zeit fragte sie: „Befah denn jenes Geschöpf Anhaltspunkte, die es zu dieser Annahme berechnigen konnten?“ Langsam wendete sie sich um und blickte erwartungsvoll zu der Jose hinüber, die ihre Arbeit inzwischen beendet hatte.

Fortsetzung folgt.

○ In Erwartung der Postperre. Da mit einer Sperre aller Postsendungen innerhalb der vom Feinde zu besetzenden Zone gerechnet werden muß, wird das Publikum darauf aufmerksam gemacht, daß es notwendig ist, sämtliche aufzuliefernden Postsendungen mit dem Namen und der Wohnung des Absenders zu versehen, damit die Sendungen im Bedarfsfalle an den Absender zurückgegeben werden können.

Vermischte Nachrichten

Weglar, 8. Dez. Die beiden hiesigen sozialdemokratischen Parteien haben am Samstag abend eine Kommission aus Mitgliedern beider Richtungen gewählt zwecks Vereinigung der beiden Parteien, um dann geeint in den Wahlkampf für die sozialdemokratische Republik einzutreten.

Wiesbaden, 8. Dez. Vier wurden die beiden Hausdiener Kastenholz und Hilt aus Koblenz verhaftet, die dort von einem Postauswechsler, der einen Wertbrief von 100 000 M. in Banknoten gestohlen hatte, 90 000 M. erhalten und diesen Betrag mit Frauengimmern hier beinahe durchgewaschen hatten.

Qanaa, 8. Dez. Von einer durchziehenden Artilleriekolonnen wurde gestern morgen die rote Fahne auf dem Landratsamt heruntergeholt. Mit Automobilen wurde die Kolonne bei Langendiebach eingeholt und deren Führer, ein Offiziersstellvertreter, auf dessen Befehl die Fahne entsetzt wurde, verhaftet.

Darmstadt, 9. Dezbr. Das großherzogliche Posttheater wird demnächst den Titel „Hessisches Landestheater“ führen. Ueber die weiteren Beziehungen zum bisherigen Großherzog, der bekanntlich aus seiner Privatskizze mehrere hunderttausend Mark beisteuert, ist, wie wir erfahren, eine bestimmte Regelung noch nicht getroffen.

Weinheim, 8. Dez. In der hiesigen provisorischen Feldbäckerei ist ein großer Mehl Diebstahl aufgedeckt worden. Bei dem Wirt und Bäckermeister Valentin Kinkel wurden nahezu 80 Zentner Mehl beschlagnahmt, die dieser von dem militärischen Backmeister um den Preis von 2000 M. gekauft hatte. Aus der Feldbäckerei waren 50 Sack Mehl zu je 1 1/2 Zentner heimlich zu Kinkel hingeschafft worden. In dieser Angelegenheit wurden der Bäckermeister Kinkel sowie der militärische Backmeister und ein Sergeant verhaftet.

Kassel, 9. Dez. Dem königlichen Posttheater dahier wurde der Name „Staatliche Schauspiele“ beigelegt.

Berlin, 11. Dez. Auch am gestrigen Mittwoch haben Gardetruppen ihren Einzug in Berlin gehalten. Wiederum nahmen trotz des nassen Wetters Tausende von Personen an der Begrüßungsfeier teil und sie empfingen die einziehenden Truppen in der herzlichsten Weise. Die Truppen nahmen denselben Weg wie am Dienstag. Wiederum waren Pferde und Wagen reichlich geschmückt. An der Spitze ritt Generalmajor v. Saxe.

Letzte Nachrichten.

Bern, 13. Dez. Der amerikanische Pressedienst veröffentlicht eine revidierte Verlustliste mit folgenden Zahlen: Im Gefecht getötet 28 363, an Wunden gestorben 12 101, an Krankheit gestorben 16 034, aus anderen Ursachen gestorben 1980, vermisst 14 290, verwundet 189 954.

Die Lebensmittel für Deutschland.

Wie der Züricher Vertreter der „Deutschen Allg. Ztg.“ von wohlunterrichteter Seite, die mit englischen amtlichen Stellen nähere Beziehungen unterhält, erfährt, stehen die alliierten Regierungen hinsichtlich der Versorgung Deutschlands auf dem Standpunkt, daß die Lieferung von Lebensmitteln erforderlich ist, jedoch nur in dem Maße, wie sie durch die tatsächliche Notlage berechtigt erscheint. Eine solche Notlage besteht in den größeren und großen Städten, jedoch nicht auf dem flachen Lande. Die Lieferung von Lebensmitteln müsse sich demnach unter diesem Gesichtspunkt vollziehen, und es sei bereits berechnet worden, daß die Bevölkerung Deutschlands, die mit Lebensmitteln zu versorgen sei, auf 37 Millionen anzunehmen ist. Ein entsprechender Vorschlag liegt an zuständiger Stelle bereits vor, jedoch sei eine Entscheidung noch nicht gefallen.

Hinauschiebung der Friedenskonferenz.

Nach Informationen der italienischen Presse, die dem „Berl. Lokalanzeiger“ aus Lugano übermittelt werden, bringt Clemenceau bei den Beratungen den Antrag ein, den Beginn der Friedenskonferenz zu verschieben, um Deutschland Zeit zu geben zur Einberufung der Nationalversammlung, da die Entente-Regierungen auf dem Friedenskongress wissen müßten, mit wem sie verhandeln. Der Beginn der Friedenskonferenz ist daher nicht vor Neujahr zu erwarten.

Englands Schulden an Amerika.

Churchill sagte in einer Rede, die er in Dundee über die finanziellen Fragen hielt, unter anderem, England sei an die Vereinigten Staaten schwer verschuldet. Es habe für 400 Millionen Gold und 800 bis 1000 Millionen an Wertpapieren nach Amerika geschickt. Die Einzahlung für die Schulden und der Zinsverlust für die Wertpapiere würden während der folgenden Jahre England eine sehr erste Bürde auferlegen.

Briefkasten.

Landwirt in B. Empfindlich gegen Rainit und das Kalkstickstoff-Rainitgemisch sind besonders folgende Unkräuter: Ackerseil, Hedderich, Winden, Andierich, Hundskamille, Ackerhempelpflanz, Vogelweide, Kessel, Kreuzkraut, Kornblume. Mäßig empfindlich sind: Turnkraut, Flohdistel, Spörgel.

Wenig empfindlich sind: Melde, Saubüchel und Erdrauch.

Öffentlicher Wetterdienst.

Dienststelle Weilburg. (Landwirtschaftsschule.)

Voraussichtliche Witterung für Samstag, 14. Dezember. Veränderlich, doch meist bewölkt. Niederschläge bei milden Seewinden aus südwestlichen Richtungen.

Demokratische Partei.

Am Sonntag, den 15. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr im „Saalbau“

Oeffentliche Versammlung

Redner:

Herr Dr. Luppe, Bürgermeister in Frankfurt a. M.,
„ Arbeitersekretär Zöller.

Männer und Frauen kommt recht zahlreich!

Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Weilburg-Limbürg-Diez.

Filiale Weilburg und Umgegend.

Das Vereinlokal befindet sich Restaurant „Zur Post“,
Ecke Limburger- und Bahnhofstraße.

Mitgliederversammlung

Sonntag, den 15. Dezember, nachmittags 2 Uhr.

Tagesordnung:

Vorstandswahl und Kandidatenfrage.

Deutsche Demokratische Partei

für den Oberlahnkreis.

Freitag, den 13. d. Mts., abends 8 Uhr, im
„Deutschen Haus“.

Politischer Fortbildungskursus f. Frauen.

Thema: „Die Parteibildung, ihr Wesen und ihre
Organisation“.

Alle Frauen sind eingeladen.

Die Schreiner, Buchbinder, Maler, Wagenbauer, Tape-
zierer des Kreises können die **Anmeldefchein** für
ihren **Leimbedarf** der Monate Januar, Februar, März
1919 bei mir abholen. Dieselben müssen ausgefüllt bis
spätestens 20. Dezember bei mir eingereicht sein.

Bund der Berufsvereinigungen deutscher Gewerbezweige,
Ortsstelle Weilburg. E. Schäfer.

Bekanntmachungen der Stadt Nunkel.

Sonntag, den 14. Dezember 1918, vormittags
8 bis 12 Uhr, **Fleischausgabe**.

Nr. 1—270 bei Metzger Sittel,
Nr. 271—541 bei Metzger Reymann,
Nr. 542—812 bei Metzger Lieber.

Nunkel, den 12. Dezember 1918.

Der Magistrat.

Die Einwohner Nunkels werden dringend ersucht et-
was sparsamer mit der Elektr. Beleuchtung umzugehen,
da sonst die Maschine gefährdet und es nicht ausgeschlossen
ist, daß wir einige Wochen gar kein Licht haben. Petroleum
und Kerzen werden uns so spärlich geliefert, daß dies nur
für unvorhergesehene Fälle aufbewahrt werden muß. Der
Anschluß an die Hauptzentrale ist im Gange.

Nunkel, den 7. Dezember 1918.

Der Magistrat.

Wir weisen wiederholt und dringend darauf
hin, daß alle **Anzeigen, Bekanntmachungen und
Artikel bis 8 Uhr morgens** bei uns eingegangen
sein müssen, wenn sie noch am gleichen Tage Aufnahme
finden sollen. Größere Anzeigen wolle man am Tage
vorher mittags aufgeben.

Weilburger Anzeiger.

Waldsägen und Aexte

empfehlen

Eisenhandlung Zilliken, Weilburg.

Kirchliche Nachrichten.

Evangelische Kirche.

Sonntag, den 15. Dezember, (3. Advent) predigt vor-
mittags 10 Uhr: Goppr. Scheerer, Lieder Nr. 39, 42.
Kinder Gottesdienst. Ueben der Weihnachtslieder.

Der Gottesdienst am Nachmittag fällt wegen aus-
wärtiger Dienstgeschäfte aus. — Die Amtswoche hat
Goppr. Scheerer.

Katholische Kirche.

Samstag 5 Uhr Beichtgelegenheit.

Sonntag 7 Uhr Beichtgelegenheit; 8 Uhr Frühmesse;
9 1/2 Uhr Hochamt mit Predigt; 2 Uhr Andacht.
Während der Woche hl. Messe um 8 Uhr.

Synagoge.

Freitag abend 4 Uhr 00 Min.

Samstag morgen 9 Uhr. Mittag 3 Uhr.
Abend 5 Uhr 15 Min.

Schaukelpferd

zu kaufen gesucht.
Angebote an d. Geschäftsst.
d. Bl.

Kräftige

Arbeiter

gesucht.

Proviantamt der 42. Inf.-Di-
vision in Weilburg.
Bahnhofstraße Nr. 7.

Die große Schar

unserer elenden Krüppel, Siechen, Idioten, (1000), bittet
in diesem Jahre besonders herzlich, ihrer zum Weihnachts-
fest in barmherziger Liebe zu gedenken.

Freundliche Spenden nimmt dankbarst entgegen D.
G. Braun, Superintendent, Vorstand der Krüppelhäuser,
Angerburg Ostpr. (Postsch. Königsb. 2423).

Weihnachtsbitte

der Kleinkinderschule Weilburg.

Wenn möchten wir auch am diesjährigen Weihnachts-
feste unseren nahezu 100 Kleinen eine Freude bereiten.
Aber es fehlt uns an Geld zur Beschaffung von Weih-
nachtsgaben. Deshalb bitten wir alle Freunde unserer
in reichem Segen wirkenden Anstalt herzlich um ein
Scherlein für die Weihnachtsbescherung. Da in diesem
Jahre neues Spielzeug schwer zu beschaffen sein wird,
wären wir besonders dankbar, wenn uns auch gebrauchte
Spielsachen, die wieder hergerichtet werden können, über-
lassen würden. Alle Gaben der Liebe (Geldbeträge und
Spielsachen) bitten wir in der Kleinkinderschule abgeben
zu wollen. Für jede, auch die kleinste Gabe, sind wir
herzlich dankbar.

Der Vorstand:

Scheerer, Vorsitzender.

Weihnachten in Bethel!

In unruhiger und dunkler Zeit sehnt sich die Welt
nach Licht und Frieden. Friede auf Erden und Licht für
die trauernden Herzen, das wünschen wir uns als größtes
Weihnachtsgeschenk. Darum blicken wir aus Not und Leid
der Erde auf das himmlische Kind, das arm wurde, um
uns durch seine Liebe reich zu machen.

Ein Abganz dieser ewigen Liebe sollen die Weih-
nachtsgaben sein, um die wir wiederum die Freunde von
Bethel bitten. Fast 3500 Kranke, Kinder und Heimtlose
sind hier gesammelt. Dazu kommen die verwundeten
Krieger, von denen nun schon fast 23 000 hier versorgt
werden und etwa 1800 unsere Weihnachtsgäste sein wer-
den. Für alle hoffen wir auf eine kleine Gabe. Je
schwerer die Zeit, um so mehr Hilfe haben wir nötig.
Alles nehmen wir dankbar an: Kleidungsstücke, Tabak und
Zigarren, Bilder, Bücher, Spiele oder Geld, um das zu
kaufen, was Große und Kleine erfreuen kann. Je eher
es geschieht wird, um so dankbarer sind wir.

Mit herzlichem Weihnachtsgruß an die Freunde von
Bethel
F. v. Podewilsch, Pastor.

Bethel bei Bielefeld, im November 1918.

Warnung.

Alle Erlaubnischein zur Ausübung der Jagd in
dem Jagdgebiet Effershausen, welche vor dem 1. September
1918 ausgestellt sind, erkläre ich hiermit für ungültig,
da ich vom 1. September 1918 ab alleiniger Jagdpächter
bin.

Ich warne hiermit die Personen, welche noch im Be-
sitz eines solchen Erlaubnischeines sind, die Jagd weiter
auszuüben, da ich dieselben wegen unerlaubten Jagens zur
Anzeige bringen werde.

Effershausen, den 10. Dezember 1918

Fritz Fuchs, Jagdpächter.

Volksbibliothek-Verein Weilburg.

Freitag, den 13. Dezember, nachm. 4 1/2 Uhr, im „Deut-
schen Haus“:

Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht des Vorsitzenden.
2. Bibliothek-Revisionsbericht.
3. Rechnungsablage des Kassierers.
4. Entlastung des Vorstandes.
5. Besprechung von Vereinsangelegenheiten.

Weilburg, den 10. Dezember 1918.

Der Vorstand.

Scheerer, Vorsitzender.

Wohnhaus

in bester Lage der Stadt unter günstigen Bedingungen zu
verkaufen.

Von wem, sagt die Geschäftsstelle.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teil-
nahme bei dem Hinscheiden unserer lieben
Mutter und Grossmutter, der Frau

Wilhelmine Erbe

geb. Hardt

sagen innigen Dank, besonders Herrn Pfarrer
Kurtz für die trostreichen Worte am Grabe.

Essershausen, den 12. Dezbr. 1918.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Bekanntmachungen der Stadt Weilburg.

Fleischausgabe.

In dieser Woche erhalten die Einwohner Weilburgs
und die uns angeschlossenen Orte **Fleisch** und **Wurst**
in denjenigen Metzgereien, denen sie zugeteilt sind.

Der Verkauf findet Samstag von 9—2 Uhr statt.

Der Magistrat. Fleischverteilungsstelle.

Säbnerfutter.

Morgen Sonnabend nachmittags 2 Uhr geben wir im
Dank'schen Hofe, Painweg, Säbnerfutter aus.

Weilburg, den 13. Dezember 1918.

Der Magistrat.

Durch den immer größer werdenden Verbrauch von
elektr. Arbeit sind wir gezwungen, in der Hauptzeit
die Dieselmotoren mitarbeiten zu lassen. Nicht allein in-
folge der Schwierigkeiten der Transportmittel und
der erhöhten Kosten für Öl, sondern auf Grund der Be-
stimmungen des Herrn Reichskommissars für Wasser, Gas
und Elektrizität sind wir gezwungen vom 10. Dezember
ds. Js. eine Einschränkung elektrischer Arbeit nach den
erlassenen Bestimmungen (20 % gegen den gleichen Monat
des Vorjahres 1917) eintreten zu lassen.

Bei Uebererschreitung des nur zutreffenden Verbrauches
wird ein Zuschlag von 50 Pfg. pro Kilowattstunde in An-
rechnung gebracht.

Wir ersuchen daher um strengste Befolgung der Bekannt-
machung.

Der Magistrat.

Bersammlungen.

Demokratische Partei.

Sonntag, den 14. Dezem-
ber abends 7 1/2 Uhr in Wein-
bach bei Gastwirt Hedderich.

Redner: Dr. Schuster, Lubach.

Sonntag, den 15. Dezem-
ber abends 7 1/2 Uhr in Cu-
bach bei Gastwirt Schuster.

Redner: Dr. Schuster, Lubach.

Sozialdemokratische Partei.

Sonntag abend 7 1/2 Uhr
Löhberg Gasthaus Vock.

Sonntag nachmittags 3 Uhr
Weilmünster, Gasthaus Kca-
mer.

Sonntag abend 7 1/2 Uhr
Altenkirchen.

In vorgenannten drei Ber-
sammlungen spricht Partei-
sekretär Groger-Frankfurt.

Sonntag, den 15. Dezbr.,
nachm. 2 Uhr, Mitgliederver-
sammlung im Restaurant „Zur
Post“.

Sonntag, den 22. Dezbr.,
Saalbau Weilburg Frauen-
versammlung. Referentin: Ge-
nossin Egge-Frankfurt.

Junge Dame von aus-
wärts sucht auf 14 Tage gut
möbl. Zimmer.

Angebote unter B. 32b an
die Exped.

Ein selten reichhaltiger, noch
unbenutzter

Werkzeugschrank

zum seltenen Preise von M.
250.— zu verkaufen. Einzu-
sehen von 8—12 und 2—7.

Oberbacherweg 6.

Gut erhaltene

Mähmaschine

zu verkaufen, desgl. ein Osen-
schirm.

Limbürgerstraße 14.

Ofen und Herd

verkauft

Albert Sulz, Weilburg.

Marktstraße 8.

Ordentliches

Dienstmädchen

zum 1. Januar gesucht.

Painstraße 1.

Ordentliches

Dienstmädchen

für sofort oder zu Weihnach-
ten gesucht.

Hum, Photograph.

Ordentliches

Dienstmädchen

für sofort gesucht.

Kender, Weilburg.

Neugasse.

Entlaufen!

(in Frankfurterstraße)

Schwarzer Dackel mit brauner
Zeichnung a. Brust u. Pfoten

„Zell“.

Wiederbringer hohe Belohn.
Abzugeben Mählberg 1.

Regenschirme

erstkl. Material gibt ab. Re-
paraturen an Schirmen wer-
den prompt ausgeführt.

Saibach, Sandstraße.

Monatsmädchen

oder Frau sofort gesucht.

Wolfsstraße 14.